

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band: 90 (1964)

Heft: 50

Artikel: Längst fälliger Vorschlag

Autor: Knobel, Bruno

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-504228>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Sprechstunde bei Dr. med. Politicus

Das könnte der Demokratie gefährlich werden

Vor kurzem gab die *Berner* Regierung, die sich bekanntlich wegen der Jurastürmtereien in einer schwierigen Abwehrposition befindet, bekannt, daß sie ein kantonales Informationszentrum zu schaffen gedenke. «Bernisches Amt für Beziehungen zur Oeffentlichkeit» wurde es seither getauft. In *Zürich* wird zurzeit geprüft, ob ein Informationsamt ins Leben zu rufen sei, allerdings nicht, weil die Niederdorfer sich von den Hönggern trennen wollen, sondern sonst und einfach so. Das Städtchen *Avenches* hat ein berühmtes Reklamebüro ersucht, seine Ruinen populär zu machen (man braucht Geld zur Erhaltung und Pflege der historischen Anlagen). Und schließlich wurde kürzlich die *Glarner* Regierung von zwei Landräten zu einer besondern Art Informationspolitik eingeladen. Im Postulat wird der Regierungsrat ersucht, «Richtlinien über die Aufgaben und die Funktionen der Presse in der Demokratie im allgemeinen und in unserem Kanton im besonderen aufzustellen ...». Was braut sich da zusammen?

Ueber den letztgenannten Vorstoß mache ich mir wenig Gedanken. Denn, wenn der Hohe Regierungsrat so unvorsichtig sein sollte, den Auftrag anzunehmen, wird es in Pressekreisen höchstens ein mitleidiges Lächeln geben. Man wird die «Richtlinien» da und dort abdrucken, aber man wird ihnen einen PS befügen, lautend etwa: «Die Redaktion wird von Fall zu Fall prüfen, ob sie sich an diese Richtlinien halten will oder nicht», oder eine Vorbemerkung, lautend etwa: «Da wir in der freien Schweiz leben, gestatten wir uns, die nachfolgend abgedruckten Richtlinien unter der Ueberschrift «Kurioses aus dem Glarnerland» zu bringen» ... Die andern Vorstöße sind ernster.

Sie leiten eine Entwicklung ein, die nicht unbedenklich ist. Die Motive sind in Ordnung: Es fehlt da und dort wirklich an gründlicher Information; gründliche Information ist aber Voraussetzung vernünftiger und ausgewogener Urteilsbildung.

Die Frage ist nur: Ist es Sache der Behörden, uns informativ zu betreuen? Reine Information in politischen Dingen gibt es normalerweise nicht. Normalerweise steckt in der Information nicht nur ein Teilchen parteigreifender Meinung, sondern normalerweise ist das sogar die eigentliche Absicht der «Information». Das ist in Bern so wie in Avenches und in Avenches wie in Zürich. Neu an den Projekten ist oder wäre höchstens, daß fortan Aemter und Behörden im gleichen Stil wie unsere Zeitungen, Parteien, Verbände, Reklamebüros und Public-relations-Männer in die Arena des Meinungskampfes steigen; sie werden also, um es überspitzt aber dafür deutlich zu sagen, sie werden mit Steuergeldern der Allgemeinheit Ansichten verbreiten, die nicht unbedingt jene der Allgemeinheit sind. Damit erhielten Exekutivbehörden ein Uebergewicht, das ihnen in der Demokratie nicht zukommt.

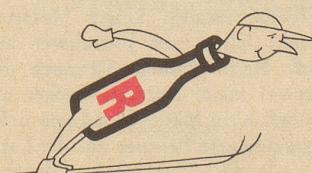
Ich meine: Unsere Stadt- und Kantonsbehörden, und auch unser Bundesrat sollen so freundlich sein, die ihnen aufgebürdeten Pflichten zu erfüllen und sie sollen sich dafür gegenüber dem vom Volke gewählten Parlament rechtfertigen. «Informationszentralen» mit amtlichem Charakter, regierungsrätliche «Richtlinien» für die Presse – ich kann da nur Vorsicht empfehlen. Und wenn einer kommt und meint, dies sei doch ein gar ungerechtes Mißtrauen, so antworte ich: Eine nicht allzu kleine aber auch nicht übertrieben große Portion Mißtrauen gegenüber Schlüsselstellungen der Macht hat der Demokratie noch nie geschadet. Dieses Mißtrauen ist hierzulande sogar eine bewährte Tradition. Ich bekenne mich dazu.

Dr. med. Politicus

Probieren Sie bei Spiel und Sport

RESANO Traubensaft

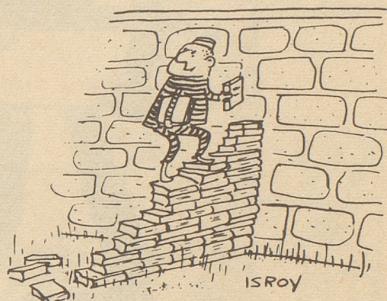
Sie spüren mit jedem Schluck die gute Wirkung.



Bezugsquellen durch Brauerei Uster



Dein Freund — das Buch



Längst fälliger Vorschlag

Vor einem Jahr entdeckte ich schon Mitte November die ersten mit Christbäumen versehenen Reklamen. Die letzte Weihnacht sah ich schon anfangs November in solcher Weise eingeleitet. Es erfüllt mich mit tiefer Besorgnis, wenn ich mir überlege, wie das weitergehen soll, was etwa geschieht, wenn Osterpropaganda und Weihnachtswerbung sich einmal überschneiden. Damit ist auf ein Problem hingewiesen, das schon längst jeden vernünftig denkenden Bürger beunruhigt: Der Umstand nämlich, daß wir, einem alten Zopf nachhängend, noch immer den längst veralteten Jahreskalender als bindend für unser Jahresprogramm halten. Das ist einfach lächerlich; weiß man doch nachgerade gut genug, daß dieser Kalender ohne jede Kaufmännischen Ueberlegungen geschaffen wurde. Ostern und Weihnacht – nun, die liegen an sich nicht ungünstig. Aber was man mit dem Konfirmationstermin und dem Muttertag gemacht hat, das spricht nun wirklich jeder werbetechnischen Ueberlegung Hohn. Eine vernünftige Werbung für den Muttertag ist überhaupt nicht möglich, weil sie sich mit jener für Ostern überschneidet, und die Propaganda für das Konfirmationsgeschenk deckt sich zeitlich überhaupt mit dem vorösterlichen Werbeprogramm! Und das nimmt man einfach hin. Um endlich Ordnung und Zeit für

vernünftige Werbung zu schaffen sollte man sich endlich entschließen, den Kalender auch wirklich unseren Bedürfnissen anzupassen. Diese Korrektur ist einfach genug: Ostern und Weihnacht bleiben, wo sie waren, wenigstens bis auf weiteres. Der Muttertag aber wird auf Ende Juni, die Konfirmation auf Ende September verschoben. Damit werden alle Ueberschneidungen vermieden. Kalendarisch-gesetzlicher Beginn der Weihnachtswerbung und somit das Auftauchen erster Christbäume in den Auslagen fiele somit auf den 1. Oktober (was wahrfähig nicht zu früh ist). Am 1. Januar setzt sodann die Propaganda für Osterhasen und -Eier, Rasenspiele, Sandhaufenutensilien und Trottinetts ein. Ostern gibt den Werbe-Startschuß für den nunmehr erst auf Ende Juni fallenden Muttertag, und die Konfirmation erst Ende September ermöglicht es, während gut dreier Monate vorher dieses Ereignis werbetechnisch bestmöglich auszuschlachten.

Bruno Knobel

Seit 1860

VELTLINER

Kindschi



Kindschi Söhne AG., Davos